Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Mosse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 3 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 213 || **Montag, den 12. September 1927** || **79. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Gewerbesteuer 1927

Am 15. dss. Mts. ist die 2. Rate Gewerbesteuer 1927 zu entrichten.

Von der Fälligkeit der Steuer ab werden Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich berechnet.

Das Mahnverfahren beginnt am 26. dss. Mts.

Pulsnitz, Sa., am 12. September 1927

Der Stadtrat

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt" sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Briand brachte in einer Rede in Genf Dr. Stresemann seine Huldigung dar.

Am 25 Oktober beginnt die Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland.

Bei einem Schulausflug in Oesterreich verirrten sich 28 Schulkinder.

Die amerikanischen Weltflieger sind gestern nachmittag um 1 Uhr 30 in Kogoshima auf der Insel Kioshut gelandet. Sie wurden gestern abend in Tokio erwartet.

In Kruiningen in der Provinz Seeland richtete gestern eine Windhose großen Schaden an. Zahlreiche Obstbäume wurden entwurzelt, Dächer abgedeckt und Fenster zertrümmert. Der Sturm dauerte bloß 2 Minuten.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

— (Vorläufig keine Nachprüfung der Fernsprechordnung.) Bekanntlich ist am 1. Mai ds. Js. eine erhebliche Erhöhung der Fernsprechgebühren eingetreten, und diese Erhöhung hat in Verbindung mit der erst vor kurzem erfolgten wesentlichen Erhöhung der Postportosätze zu einer starken Belastung vornehmlich der kleineren und mittleren Wirtschaftsbetriebe geführt. Diese Schwierigkeiten für die Betriebsführung veranlaßten mehrere Mitgliedskörperschaften des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, diesen um seine Vermittlung bei den zuständigen Behörden zu bitten, und der genannte Reichsverband wurde in einer eingehenden und mit triftigen Gründen belegten Eingabe bei dem Reichspostministerium vorstellig, um unter Hinweis auf die Verhandlungen im Reichstage, die, wie bekannnt sein dürfte, eine Nachprüfung der Fernsprechgebühren für Wenigsprecher in Aussicht stellten, um Auskunft über den Stand der Angelegenheit zu bitten. Unter dem 23. August erteilte der Reichspostminister dem Reichsverband des deutschen Handwerks seine Antwort und teilte ihm mit, daß die neue Fernsprechordnung erst nach langwierigen Verhandlungen im Arrbeitsausschuß und in der Vollversammlung des Verwaltungsrates der deutschen Reichspost zustande gekommen sei. Die beiden Körperschaften hätten sich redlich bemüht, die einander widerstreitenden Ansprüche der Teilnehmer mit starkem und mit schwachem Verkehr gegeneinander auszugleichen. Eine volle Berücksichtigung der Wünsche der Wenigsprecher werde sich, wenn nicht das Wirtschaftsergebnis und die Entwicklung des Fernsprechwesens Schaden leiden sollten, nicht ermöglichen lassen. Es erscheine notwendig, daß zunächst etwa ein Jahr lang mit der neuen Fernsprechordnung gearbeitet werde, alsdann werde gemäß einem Beschlusse des Verwaltungsrats die von dem Richstag verlangte Nachprüfung vorgenommen werden. Es bleibt also für die Wenigsprecher nichts anderes übrig, als sich noch ein Jahr zu gedulden.

— (Straßensperrungen) Wegen Bauarbeiten wird die Staatsstraße Nossen—Oschatz in Flur Lüttwitz bei Mochau von km 9,7 bis 9,9 vom 12. bis 17. September für allen Fahr- und Reitverkehr gesperrt. Der Verkehr wird über die Staatsstraße Theeschütz—Petersberg verwiesen. — Wegen Einbaus von Packlager zwischen km 3,6 und 4,8 der Staatsstraße Wüstenbrand—Glauchau wird diese Straße zwischen km 1,8 und 5,117 vom 8. September 1927 ab auf die Dauer der Bauarbeiten gesperrt. Der Verkehr wird auf die Zweigstrecke D (Lerchenstraße) und auf die Staatsstraße Altenburg—Oberlungwitz umgeleitet. — Wegen Bauarbeiten und Herstellung hochwertiger neuzeitlicher Decklagen (Walzasphalt) wird die Zwickau—Ronneburger Staatsstraße zwischen km 1,7 und 2,5 in Flur Zwickau und zwischen km 4,1 und 5,2 in Fluren Zwickau (Marienthal), Königswalde und Werdau vom 8. September 1927 ab auf die Dauer der Bauarbeiten für den gesamten Durchgangsverkehr gesperrt. Der Verkehr wird auf die Hofer Staatsstraße und die Neumark—Glauchauer Staatsstraße (das ist Zwickau—Neumark—Werdau und umgekehrt) umgeleitet. — Die Sperrung der Staatsstraße Werdau—Neumark zwischen km 2,870 und 6,070 in den Fluren Beiersdorf und Ruppertsgrün ist seit 8. September aufgehoben.

— (Der sächsische Zuckerrübenbau 1927.) Nach den im Juni vorgenommenen amtlichen Erhebungen über die diesjährige Anbaufläche der für Zuckerfabriken bestimmten Rüben ergab sich für Gesamtdeutschland eine Steigerung von 8,9 Prozent. Für Sachsen wurde nur eine Steigerung von 3,8 Prozent festgestellt; gegenüber einer Erntefläche von 5277 Hektar im Jahre 1926 sind in diesem Jahre in Sachsen 5479 Hektar mit Zuckerrüben bebaut. Die Zahl der Zuckerfabriken blieb mit 4 die gleiche.

— (Das Sängerbundesfest 1928 in Wien.) In den Tagen vom 18. bis 23. Juli kommenden Jahres

Friedensappell in Genf

Deutschlands großer Tag

Reichsfinanzminister Dr. Köhler vor dem Deutschen Beamtenbund — Vor einem Abbruch der franz.-russischen Beziehungen
Kriegsminister Painleve gegen ein zügelloses Wettrüsten — Ruhiger Sonntag in Genf — Gottesdienst in Genf

Briand bringt Stresemann seine Huldigung dar.

Während am Sonnabend die große Debatte über die Antikriegsresolution weiter lief, gehörte der Vormittag Briand. Unter großem Beifall betrat der französische Außenminister Briand die Tribüne. Er erklärte zunächst, der allgemeine Eindruck der bisherigen Debatte wäre optimistisch, das feste Vertrauen in den Völkerbund habe nicht erschüttert werden können, obwohl die Atmosphäre zu Beginn der Tagung drückend war. Es sei

eine gewisse Klärung eingetreten.

Briand betonte, er müsse feststellen, daß in erster Linie die Ursache hierfür in der Rede des deutschen Außenministers Dr. Stresemann liege. Er müsse der Rede Dr. Stresemanns alle Ehrerbietung zollen und insbesondere dem Mut, der notwendig gewesen wäre, um eine solche Rede zu halten. Briand sagte, wer hätte noch vor zwei Jahren angenommen, daß Deutschland und Frankreich gemeinsam in einer Institution zusammensitzen und gemeinsam die schwierigsten, ihre Länder unmittelbar berührenden Probleme erörtern werden.

Er sei überzeugt, daß alle Schwierigkeiten, die gegenwärtig noch zwischen den beiden Völkern bestünden, eine nach der anderen verschwinden werden, denn wir sind von der gleichen Aufrichtigkeit durchdrungen und wollen gemeinsam den gleichen Weg gehen, um das gemeinsame Ziel der Verständigung zu erreichen.

Briand hob die Bedeutung der Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz hervor und wandte sich sodann den Debatten der letzten Tage zu. Letzten Endes seien alle Schwierigkeiten behoben und die pessimistische Stimmung verscheucht worden. Alle müßten die Notwendigkeit begreifen, alles zu tun gegen den Krieg, gegen die Geißel der Menschheit. „Wir müssen," so rief Briand in den Saal, „den Frieden hinausschreien in aller Form, in jeder Art, und den Völkern immer wieder zurufen:

„Macht den Frieden, macht ihn juristisch oder nicht juristisch, schriftlich oder mündlich, aber macht den Frieden!"

Dann kam Briand auf die Notwendigkeit zu sprechen, den Angreifer festzustellen. Er zeigte am Verlaufe des griechisch-bulgarischen Konfliktes, wie der Völkerbund im Jahre 1923 einen blutigen Krieg verhindert habe. Zum Schluß kam er noch auf das Flüchtlingswerk zu sprechen und kehrte wieder zur Rede Stresemanns zurück, dessen Erklärungen er nochmals seine Huldigung darbrachte.

Nach einer Rede des australischen Delegierten wurde die Vollversammlung des Völkerbundes vertagt. Den Delegationen soll nach der Rede Briands noch einmal Gelegenheit gegeben werden, die Frage zu erwägen, ob die Antikriegsresolution einstimmig angenommen werden kann oder an die Kommissionen weitergeleitet werden soll.

Die Rede Chamberlains in der Völkerbundversammlung.

Genf. In der Nachmittagssitzung vom 10. 9. hob der englische Außenminister Austen Chamberlain in einstündiger Rede im wesentlichen hervor, daß die Garantien für den Frieden und die Sicherheit, die in den Verträgen von Locarno sowohl für den Westen als auch für den Osten geschaffen worden seien, als ausreichend für die Sicherung des Friedens angesehen werden müßten. Es liege keinerlei Veranlassung vor, nach neuen Garantien zu suchen.

Denjenigen Verträgen, die die Westgrenze Europas sicherten, habe England seine Garantie gegeben. Chamberlain habe das Bedürfnis, in gleicher Weise wie Briand dem deutschen Außenminister seine Anerkennung für seine staatsmännischen und mutigen Ausführungen darzubringen.

Zur Abrüstungsfrage erklärte Chamberlain, England habe in der letzten Zeit große Anstrengungen zu einer Beschränkung seiner Rüstungen gemacht.

Das Militärbudget sei verringert worden, und die Armee werde auf einem Stand gehalten, der lediglich zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung diene. Es habe kaum ein Land mehr für die Abrüstung getan als England.

Eingehend behandelte Chamberlain dann nochmals das

Abrüstungsproblem.

Er betonte, England habe den Völkerbundpakt sowie auch die Locarnoverträge angenommen, die den Frieden sowohl im Osten als auch im Westen garantierten. England habe die Garantie dieser Verträge übernommen.

Belgien, Frankreich und Deutschland sollten wissen, daß England ihre gegenwärtigen Grenzen garantiert habe. Die bedeutungsvollen Reden, die die Herren Stresemann und Briand in diesen Tagen gehalten hätten, seien wahre Taten des Friedens. Sie hätten feierliche Erklärungen für den Frieden und gegen den Krieg abgegeben. Von derartigen feierlichen Erklärungen könne man sich nicht lossagen und keine neuen eingegangenen schriftlichen Verpflichtungen seien in der Lage, diesen Erklärungen eine erhöhte Kraft zu verleihen.

Die polnische Resolution an die Abrüstungskommission überwiesen.

Genf. Zum Schluß der Sonnabendnachmittagssitzung wurde der Antrag des Präsidenten auf Ueberweisung des polnischen Resolutionsentwurfs an die dritte Kommission für Abrüstungsfragen ohne jede Debatte angenommen.

Ein holländischer Zusatzantrag.

Genf. Der holländische Außenminister hat dem Präsidium der Vollversammlung einen Zusatzantrag zu seinem Resolutionsentwurf eingereicht, der den ersten Antrag in einigen nicht unwesentlichen Punkten abändert. An der Stelle, die auf eine Wiederaufnahme der Diskussion über die Prinzipien des Genfer Protokolls hinweist, werden in dem neuen holländischen Antrag die Worte „Genfer Protokoll" ausgelassen und nur eine Prüfung der Erweiterung der allgemeinen Sicherheits- und Abrüstungsgrundsätze vorgeschlagen.

Ruhiger Sonntag in Genf

Genf, 12. September. Der gestrige Sonntag ist nach den anstrengenden Verhandlungen der letzten Tage ruhig verlaufen. Zwischen den Außenministern haben heute keine weiteren Besprechungen stattgefunden. Die meisten Delegationen haben den Sonntag zu Ausflügen in die Umgebung von Genf benutzt.

Die Vollversammlung nimmt am Montagvormittag um 10 Uhr die Generaldebatte wieder auf, die im Laufe des Montag abgeschlossen werden soll. In der Vormittagssitzung spricht der Schweizer Bundespräsident Motta. Am Dienstag beginnen dann Kommissionsverhandlungen, die voraussichtlich sechs Tage dauern werden. Für den Donnerstag sind jedoch die Wahlen zum Völkerbundsrat vorgesehen. In der Donnerstagsitzung wird die Vollversammlung zuerst über die Wiederwählbarkeit Belgiens in den Völkerbundsrat zu beschließen haben.